



Die Oberländer Fokusgemeinden müssen die Deutschkurse für Ausländer künftig selber organisieren – für einen Grossteil der Kosten kommt der Kanton auf. Archibild: Fabio Meier

# Integration gezielt fördern

**REGION.** Um die Integration von Ausländern zu fördern, haben diverse Gemeinden mit dem Kanton Leistungsvereinbarungen abgeschlossen. Dazu gehören auch Illnau-Effretikon, Wald und Dübendorf. Die Gemeinden bauen ihr Angebot aus, und der Kanton übernimmt mehr als die Hälfte der anfallenden Kosten.

ROGER KÜNDIG

Käthi Schmidt, Gemeindepräsidentin in Wald, ist glücklich über die neue Leistungsvereinbarung mit der kantonalen Fachstelle für Integrationsfragen. «Die Gemeinde kann nun ihre Bemühungen für die Integration von Ausländern steigern. Dafür bekommt sie vom Kanton finanzielle Unterstützung und zudem Beratung der Integrationsbeauftragten der Gemeinde», sagt sie.

Die Kosten für die Integrationsbemühungen in Wald belaufen sich gemäss Vereinbarung auf jährlich rund 70000 Franken, 31500 Franken davon gehen zulasten der Gemeinde. Bei den Kosten für die Deutschkurse, die die Teilnehmer in Rütli besuchen, bezahlt der Kanton den Grossteil. Ein Teilnehmer kostet dabei 737 Franken im Jahr, die Gemeinde trägt 237 Franken, 500 Franken übernimmt der Kanton.

## Überzeugungsarbeit statt Druck

«Der Schlüssel zur Integration ist die Sprache», meint Schmidt. Insbesondere die sprachliche Frühförderung der Kinder soll verbessert werden. «Es soll eigentlich keine Kinder mehr geben, die in der Schweiz geboren werden, in den Kindergarten kommen und dann kein Wort Deutsch können», sagt Schmidt. Aber auch Ausländer auf Arbeitssuche sollen unterstützt werden. «Viele Firmen wollen keine Mitarbeiter mehr, die nicht Minimalanforderungen in Deutsch erfüllen.»

Um diese Ziele zu erreichen, wird eine Integrationsbeauftragte die Koordination der Bemühungen in Form einer 25-Prozent-Stelle übernehmen. Ein wichtiges Instrument werden dabei sogenannte Erstgespräche mit Leuten mit längerer Bleibeabsicht sein. Dies sind Zuzüger, die in Wald leben möchten. Facharbeiter, die nur drei Monate im Ort verweilen, sind ausgenommen. «Im persönlichen Empfang wollen wir Überzeugungsarbeit leisten, dass sich die Neuzuzüger ausländischer Herkunft integrieren sollen», so Schmidt.

«Zur Integration zwingen können wir niemanden, denn dafür fehlt die gesetzliche Grundlage.» Käthi Schmidt bedauert ein wenig, dass noch kein kantonales Integrationsgesetz existiert. «So lange kein Gesetz da ist, gibt es auch keinen Zwang.» Trotzdem ist sie optimistisch, dass das neue System erfolgreich sein wird. «Die Integration findet nun auf lokaler Ebene und persönlich statt. Dass Ausländer für Deutschkurse nicht nach Zürich fahren, das hat der Kanton nun begriffen.»

## Stellenerhöhung in Dübendorf

Auch in Dübendorf sieht man hier einen grossen Vorteil. «Bei den Deutschkursen musste die Stadt Dübendorf bisher mit dem Anbieter arbeiten, den der Kanton vorgab. Nun können wir frei bestimmen», sagt Gina Sessa, Integrationsbeauftragte der Stadt Dübendorf.

Die Integrationsstelle gibt es in Dübendorf bereits seit Juni 2012 als 50-Prozent-Pensum. Ab 1. Januar 2014

wird diese Stelle um 30 Prozent erhöht. «Kernaufgabe der Integrationsbeauftragten war bisher die Einführung der Erstgespräche mit neu zuziehenden Migranten. Nun werden zusätzliche organisatorische Aufgaben dazukommen, die bisher durch die kantonale Fachstelle gewährleistet wurden», so Sessa.

## «Kurse sind ausgebucht»

Ab 2014 wird der Kanton als Partner auftreten und Dübendorfs Integrationsaufgaben zu 56 Prozent subventionieren. Das Kostendach des Kantons beträgt dabei 129000 Franken. Von den Gesamtkosten von 230800 Franken jährlich gehen noch 101800 Franken zu Lasten der Stadt Dübendorf.

Auch in Dübendorf sind die Deutschkurse von höchster Wichtigkeit der Integrationsbemühungen. Deutschkurse für Migrantinnen mit integrierter Kinderbetreuung werden bereits seit 2009 angeboten. «Dank der Erstgespräche stieg die Nachfrage deutlich an. Im laufenden Jahr sind alle Kurse ausgebucht», sagt Sessa. Die Integrationsbeauftragte erachtet auch den Erhalt der zweisprachigen Spielgruppe Bili-kid, mit Schweizerdeutsch und Portugiesisch, als gewinnbringend. «Die grosse Gemeinschaft von Portugiesen

in Dübendorf ist oftmals schwierig zu erreichen», so Sessa.

## Ausbau in Illnau-Effretikon

In Illnau-Effretikon wurden mit der Vereinbarung sowohl die Anstrengungen für die Integration als auch die Kosten markant gesteigert. Derweil die wie in den Vorjahren von der Gemeinde budgetierten Kosten von rund 87000 Franken bestehen bleiben, zahlt der Kanton weitere 143000 Franken an die Integrationsförderung. Der Grosse Gemeinderat muss den städtischen Beitrag allerdings noch bewilligen.

Mit diesem Geld ist ein markanter Ausbau des Angebots geplant. Mutter-Kind-Deutschkurse, Computerkurse, Alphabetisierungskurse, Deutschkurse mit Kinderbetreuung, Betrieb eines internationalen Cafés und anderes sollen die Integration von Ausländern mit Bleibeabsicht vorantreiben. «Die Sprachförderung mit Alphabetisierungs- und Deutschkursen ist immens wichtig», meint auch Stadtrat Kurt Brüngger. «Diese Kurse sollen in Räumlichkeiten der Stadt, der Kirche und der Schule im Zentrum von Effretikon durchgeführt werden.»

Ab Mitte 2014 wird gemäss Leistungsvereinbarung der Aufbau des Projekts zur Erstinformation und Begrüssung der zu Integrierenden stattfinden. Dabei soll den Ausländern das Angebot wie auch die Wichtigkeit der Integration nähergebracht werden. Daher wird das Pensum des Integrationsbeauftragten von 20 auf 30 Stellenprozente erhöht.

## Unterschriften für den Erhalt des Polenmuseums

**RAPPERSWIL-JONA.** Das Polenmuseum bangt um seinen Platz im Schloss Rapperswil. Deshalb sammeln die Betreiber nun Unterschriften, um den Anspruch des Museums auch im neuen Schlossnutzungskonzept gesichert zu wissen.

SARAH GAFFURI

Die polnische Seite bläst zum Angriff. Während sich die meisten potenziellen Teilnehmer der Expertengruppe, die das neue Schlossnutzungskonzept (wir berichteten) mit aus der Taufe heben soll, bedeckt halten, sammeln die Betreiber des Polenmuseums Unterschriften. Sie wollen damit ihren Anspruch auf einen Platz im Schloss unterstreichen. Besucht man die Website des Polenmuseums ([www.muzeum-polskie.org](http://www.muzeum-polskie.org)), dominiert ein Thema die Seite: Das Polenmuseum soll im Schloss bleiben. Bis gestern unterschrieben 1980 Personen aus dem In- und Ausland dieses Anliegen.

## Nicht die erste Petition

Es ist dies nicht die erste Petition, die Unterstützung für das Polenmuseum sucht, das möglicherweise im neuen Schlossnutzungskonzept nicht mehr in den alten Gemäuern auf dem Lindenhügel vorgesehen ist: Stefan Paradowski, Märchler Kunsthistoriker mit Benkner und polnischen Wurzeln, sammelte im Frühjahr 1400 Unterschriften, bevor die Ortsgemeinde ihr Nutzungskonzept vorstellte. Die Gegner des Museums, angeführt vom Rapperswiler Verleger Bruno Hug, sammelten knapp über 2000 Unterschriften.

In ihrem Konzept sah die Ortsgemeinde das Polenmuseum weiterhin zur Miete vor. Das Konzept fiel danach aber in der Vernehmlassung durch. Das Fazit der Behörden: Ein neutraler Profi soll ans Werk. Das Kreativatelier Sarnen wird nun ein neues Nutzungskonzept entwerfen. Dass das Museum im Schloss bleibt, ist dabei allerdings keine Vorgabe.

## «Situation ist nicht einfach»

Paradowski, der im Vorstand des Vereins Freunde des Polenmuseums sitzt, will die neue Unterschriftensammlung nicht kommentieren. Der Präsident des Vereins, German Ritz, war für eine Stellungnahme nicht erreichbar. Gegenüber der «Südostschweiz» sagte er, es sei Zeit, nach langem Schweigen nun zu reagieren.

Für die Ortsgemeinde als Besitzerin des Schlosses ist der Zeitpunkt der Petition schlecht, wie Präsident Matthias Mächler erklärt: «Die Situation ist nicht einfach. Wir haben unsere Meinung nicht geändert: Das Museum ist nicht gesetzt. Jetzt soll Otto Jolias Steiner unbelastet an die Arbeit herangehen und aus seiner fachlichen Sicht beurteilen, was für das Schloss gut ist.»

ANZEIGE

**FDP**  
Die Liberalen

**Familien fördern statt Karrieren behindern.**

Freisinnig!  
Aus Liebe zur Schweiz.  
[www.fdp-zh.ch](http://www.fdp-zh.ch)

454281

## Grösseres Angebot dank Kantonsgeldern

Der Bund wird ab 2014 die Integration von Ausländern vermehrt steuern. Er tut dies mit finanziellen Beiträgen an die Kantone. Diese müssen dafür ein kantonales Integrationsprogramm erstellen. Der Kanton Zürich hat in diesem Sommer mit ausgewählten Gemeinden, sogenannten Fokusgemeinden, Leistungsvereinbarungen erarbeitet. Im Oberland gehören Dübendorf, Illnau-Effretikon, Rütli, Uster, Volketswil, Wald und Wetzikon zu den Fokusgemeinden. Diese Gemeinden entsprechen defi-

nierten Richtlinien für erhöhte Bemühungen in Integrationsfragen. In der Regel haben sie einen hohen Ausländeranteil in der Bevölkerung.

Die meisten Leistungsvereinbarungen wurden im Oktober zwischen den Vertragsparteien – einerseits dem Kanton Zürich, vertreten durch Regierungsrat Martin Graf, und andererseits den Gemeinden, vertreten durch die Gemeindepräsidenten – fertiggestellt und von den Gemeinderäten beziehungsweise Stadträten genehmigt. Die Leistungen sind dabei klar

definiert. In den Gemeinden gehören die Schaffung oder der Ausbau der Stelle einer Integrationskoordination, Kommunikation wie zum Beispiel die Erstinformation von Neuzuzüglern betreffend Integrationsbemühungen sowie die Organisation von Sprachkursen zu den Hauptaufgaben.

Der Kanton übernimmt im Gegenzug meist mehr als die Hälfte der anfallenden Kosten und bietet den Gemeinden Unterstützung durch die kantonale Fachstelle für Integrationsfragen an. (rku)